

Interview vom 5. Juni 2020: RIA Novosti (Übersetzung)

Der Bundestag hat den Entwurf für neue US-Sanktionen zu "Nord Stream - 2" bewertet

BERLIN, 5. Juni - RIA Novosti. Neue Sanktionen gegen die Nord Stream 2 schaden den Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, sagte der offizielle energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion **Martin Neumann** gegenüber der RIA Novosti.

"Der gestrige Gesetzentwurf zur Verlängerung der Sanktionen gegen das Nord Stream-2-Pipeline-Projekt zeigt einmal mehr, wie unberechenbar die Politik der Vereinigten Staaten unter Präsident Donald Trump ist. Solche Einzelaktionen, die teilweise feindliche Absichten gegenüber großen europäischen Projekten enthalten, werden den deutsch-amerikanischen Beziehungen immer wieder schaden", - sagte der Parlamentarier.

Der Gesetzentwurf über Sanktionen gegen "Nord Stream - 2" wurde zuvor dem US-Senat vorgelegt. Sie schlägt vor, Sanktionen gegen Versicherungsgesellschaften von Schiffen zu verhängen, die an der Verlegung der Gaspipeline arbeiten. Das Dokument wurde von fünf Senatoren aus beiden Parteien unterstützt, darunter ein einflussreicher Senator aus Texas, Ted Cruz.

"Auch wenn die Bundesregierung bei der Umsetzung und Planung von Nord Stream 2 Fehler gemacht hat, unterstütze ich die Ansicht, dass die an dem Projekt beteiligten Unternehmen politische Unterstützung erhalten sollten. Dies gilt auch für Unternehmen, die für die Versicherung der Schiffe verantwortlich sind, mit denen das Projekt abgeschlossen wird", fügte Neumann hinzu.

Nach Ansicht des Abgeordneten sollte die "geopolitische Komponente" des Nord Stream-2-Projekts nicht die Frage der "Sicherung eines nachhaltigen und funktionierenden Energiemarktes" ansprechen. Die moderne Pipeline Nord Stream 2 ist ein Teil dieses Projekts und trägt dazu bei, "eine konstante Nachfrage nach Gas in Europa zu sichern", betonte er.

"Die Nord Stream 2-Pipeline sieht den Bau von zwei Pipelines mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland vor. Das Projekt wird von den USA, die ihr Flüssigerdgas in der EU fördern, sowie von der Ukraine und einer Reihe europäischer Länder aktiv bekämpft. Im Dezember verhängten die USA Sanktionen gegen das Projekt und forderten die Firmen auf, den Bau sofort einzustellen. Swiss Allseas gab fast sofort die Aussetzung des Baus der Gaspipeline bekannt.